



Niederschrift

Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 81. Sitzung

Vorwegauszug

am Mittwoch, dem 20. April 2022, 10:00 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kay Richert (FDP)

Christian Dirschauer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Andreas Hein

Weitere Abgeordnete

Sandra Redmann (SPD)

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt.

Der Ausschuss beschließt ebenfalls einstimmig, die Vorlage der Landesregierung zu dem Thema „Förderungen im Verfahren BEMU/XMU“, Umdruck 19/7415, im Sinne von § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende einen Rückblick auf die Arbeit des Ausschusses in der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Er erinnert an die zahlreichen Ausschussreisen, insbesondere die nach San Francisco, und die besonderen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie. Der Ausschuss habe auch in schwierigen Zeiten darauf geachtet, nahe bei den Unternehmen zu sein.

Die Zusammenarbeit der Ausschussmitglieder sei vom kollegialen Geist geprägt gewesen. Auch mit dem Wirtschaftsminister, dem Staatssekretär und dem gesamten Ministerium habe die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert. Die Informationsübermittlung sei problemlos erfolgt.

Besonderer Dank gebühre der Ausschussgeschäftsführung. Diese sei stets ansprechbar gewesen und habe durch ihr Engagement dafür gesorgt, dass die Ausschusssitzungen problemlos hätten stattfinden können.

* * *

3. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zur Umsetzung der LNG-Pläne in Brunsbüttel

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)
[Umdruck 19/7421](#)

Abg. Hölck begründet den von ihm eingereichten Antrag. Er betont, hinsichtlich der Notwendigkeit eines LNG-Terminals in Brunsbüttel herrsche im Landtag breite Übereinstimmung. Vor

dem Hintergrund der von der Niedersächsischen Landesregierung bereits weit vorangetriebenen Planungen für ein schwimmendes LNG-Terminal in Wilhelmshaven bitte er die Schleswig-Holsteinische Landesregierung um Auskunft zum Planungsstand für Brunsbüttel.

Staatssekretär Dr. Rohlf s erläutert einleitend die Stakeholder-Struktur der Betreibergesellschaft. Demnach halte die KfW 50 % der German LNG Terminal GmbH, die Gasunie 40 % und die RWE 10 %.

Zur Planfeststellung führt er aus, es gehe um drei verschiedene Genehmigungsverfahren; nunmehr komme ein viertes hinzu. Für die Hafenanlagen liege die Zuständigkeit im Wesentlichen beim Wirtschaftsministerium. Das Verfahren zum Terminal selbst laufe entsprechend dem Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG - beim MELUND. Das dritte Verfahren beziehe sich auf die Pipelineanbindung des stationären Terminals.

Für das die Hafenanlagen betreffende Genehmigungsverfahren sei der Antrag Mitte 2021 gestellt worden. In Absprache mit dem Konsortium seien die umfangreichen Unterlagen gesichtet worden. Vor einiger Zeit habe eine Verständigung dahingehend erzielt werden können, welche Unterlagen zu überarbeiten beziehungsweise nachzureichen seien. Das Wirtschaftsministerium rechne damit, dass das Konsortium den endgültigen Antrag in den nächsten Wochen einreichen werde.

Zur „Floating Storage and Regasification Unit“ - FSRU - führt Staatssekretär Dr. Rohlf s aus, eines der vier in Deutschland geplanten mobilen Terminals solle sich in Brunsbüttel befinden. Die Bundesregierung stelle laut Pressemeldungen für die Anmietung der mobilen Terminals circa 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Technisch stelle sich der Ablauf im Wesentlichen so dar, dass die Tankschiffe an die FSRU anlegten. Dort erfolge die Regasifizierung. Über ein Jetty werde schließlich die Einspeisung in die Leitungsinfrastruktur vorgenommen.

Für die FSRU bestehe laut BImSchG ein Genehmigungserfordernis. Daher sei das MELUND in das Verfahren intensiv eingebunden.

Die Frage, welcher Schiffstyp in Brunsbüttel stationiert werden solle, werde gegenwärtig mit dem Bund geklärt.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung habe dem Bund bereits Vorschläge unterbreitet, wie im Rahmen des BImSchG ein möglichst schlankes Genehmigungsverfahren ermöglicht werden könne; die Zuständigkeit dafür liege im Wesentlichen beim Umweltministerium.

Im Folgenden widmet sich Staatssekretär Dr. Rohlf's Fragen der Planungsbeschleunigung in Bezug auf das die Hafenanlagen betreffende Genehmigungsverfahren. Das Wirtschaftsministerium stelle dem Landtag eine entsprechende Formulierungshilfe zur Verfügung, damit die Fraktionen sich kurzfristig mit der Thematik beschäftigen könnten.

Festzustellen sei, dass zahlreiche Fachgesetze des Bundes, zum Beispiel das BImSchG, Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung eröffneten, die das Landesrecht noch nicht vorsehe. Im vorliegenden Fall gehe es konkret um das Landeswassergesetz. Die Landesregierung bitte den Landtag darum, kurzfristig die in der Formulierungshilfe vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen, um die zeitnahe Realisierung des LNG-Terminals in Brunsbüttel zu ermöglichen. Zu erinnern sei auch an den Landtagsbeschluss, in dem die Landesregierung aufgefordert werde, alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu ergreifen.

Erstens bedürfe eines Gewichtungsvorrangs für Strukturen der Energieversorgung. LNG-Terminals seien Teil dieser Strukturen. Ein solcher Gewichtungsvorrang helfe im Genehmigungsverfahren bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern.

Zweitens solle die gesetzliche Bedarfsfeststellung für die Errichtung des LNG-Terminals erfolgen. Dies helfe im Planfeststellungsverfahren.

Drittens werde dem Landtag empfohlen, im Gesetz festzuschreiben, dass Klagen keine aufschiebende Wirkung hätten. Eine solche Regelung des Gesetzgebers hindere niemanden daran, einstweiligen Rechtsschutz beim zuständigen Gericht zu beantragen.

Viertens empfehle sich die Orientierung an dem Verfahren zur Realisierung des Projektes von Tesla in Grünheide. Das BImSchG eröffne dem Investor die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen bereits während des laufenden Genehmigungsverfahrens zu realisieren. Dafür gebe es im

Wesentlichen zwei Voraussetzungen: Zum einen müsse eine positive Prognose, was die Gesamtgenehmigung angeht, vorliegen. Zum anderen müsse sichergestellt sein, dass bei Nichterteilung der Genehmigung der Rückbau der Anlagen möglich sei.

Hinsichtlich des letztgenannten Punktes könne festgestellt werden, dass sich das LNG-Terminal-Projekt besonders eigne, da etwaige schädliche Auswirkungen auf die Umwelt frühestens nach Inbetriebnahme eintreten könnten. Eine Gesamtinbetriebnahme komme ohnehin nicht vor Erteilung der Gesamtgenehmigung in Betracht. Bei Tesla sei es gelungen, dass bereits zwei Wochen nach Erteilung der Gesamtgenehmigung die ersten Autos vom Band gerollt seien.

Insbesondere der Bund als 50-prozentiger Stakeholder müsse allerdings bereit sein, in Vorleistung gehen. Dazu gehöre auch die Hinterlegung entsprechender Sicherheitsleistungen.

Abg. Höck bittet um Auskunft, inwieweit für die Nutzung des schwimmenden LNG-Terminals ein Umbau der Hafenanlagen notwendig werde. Ferner solle das Wirtschaftsministerium den Stand der Erarbeitung der Genehmigungsunterlagen für das feste Terminal darlegen. Zudem rege er an, angesichts der Wichtigkeit und der Dimension des Verfahrens am Rande der 59. Plenartagung eine Anhörung durchzuführen.

Staatssekretär Rohlfs ergänzt, die geplante Änderung des Landeswassergesetzes beziehe sich nur auf die Hafenanlagen; das Terminal werde nach BlmSchG genehmigt. Die Anpassungsnotwendigkeit beziehe sich nicht auf das BlmSchG, sondern auf das Landeswassergesetz.

Das Wirtschaftsministerium prüfe noch, ob für die Hafenanlagen, was die FSRU angehe, ein zusätzliches Verfahren erforderlich sei. Nach derzeitigem Kenntnisstand bestehe diese Notwendigkeit nicht, da es sich um eine mobile Anlage handele.

Was das parlamentarische Verfahren angehe, so liege die Zuständigkeit bei den Fraktionen. Wenn diese eine Anhörung organisieren wollten, werde auch das Wirtschaftsministerium seinen Teil dazu beitragen. Wichtig sei, dass das Gesetzesvorhaben angesichts des bevorstehenden Endes der Legislaturperiode nicht der Diskontinuität anheimfalle.

Abg. Kilian regt an, die Verfahrensfragen im Nachgang zu dieser Ausschusssitzung von den wirtschaftspolitischen Sprechern der Fraktionen erörtern zu lassen. - Abg. Hölck schließt sich diesem Vorschlag an.

Abg. Metzner bittet - auch vor dem Hintergrund ihrer Ausbildung als Diplom-Ingenieurin für Wasserbau - um weitere Erläuterungen der Genehmigungsnotwendigkeiten. Sie verstehe die Ausführungen des Staatssekretärs so, dass eine Genehmigung nach BlmSchG und eine weitere - für die Hafenanlagen - nach dem Landeswassergesetz notwendig sei. Der Gesetzentwurf auf Drucksache 19/3814 enthalte in § 95b die Formulierung, dass ausnahmsweise auch irreversible Maßnahmen zugelassen werden könnten, wenn sie nur wirtschaftliche Schäden verursachten.

Auch ein mobiles Terminal müsse, um eine sichere Lage zu ermöglichen, im Boden befestigt werden, zum Beispiel durch Pfähle. Damit werde tief in den Baugrund eingedrungen; irreversible Schäden könnten nicht ausgeschlossen werden. Daher stelle sich unter anderem die Frage, wo die Grenze verlaufe beziehungsweise welche Maßnahme unter welches Gesetz falle.

Staatssekretär Dr. Rohlfs betont, diese Frage könne aus heutiger Sicht nicht pauschal beantwortet werden. Noch lägen nicht einmal die vollständigen Antragsunterlagen vor. Die Problematik werde Schritt für Schritt, das heißt im Einzelfall betrachtet werden müssen; dies gelte auch für den etwaigen Rückbau der Pfähle. Zunächst seien Abschnitte zu bilden. Anschließend müsse geklärt werden, für welche Abschnitte eine vorzeitige Zulassung beantragt werde. In Bezug auf das Terminal könne § 8a des BlmSchG zur Anwendung kommen. Die Höhe der Sicherheitsleistung bemesse sich auch daran, dass der Investor eine etwaige Rückbaupflichtung tatsächlich realisieren könne.

Jetzt gehe es vorrangig darum, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um einen Weg zu ermöglichen, der in anderen Fachgesetzen schon vorgesehen sei.

Der Ausschuss kommt überein, dass die wirtschaftspolitischen Sprecher die Einzelheiten der Durchführung einer mündlichen Anhörung zum Entwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes, Drucksache 19/3814, erörtern. Die Anhörung solle am Rande der 59. Tagung des Plenums stattfinden.